

Gewerkschaftspolitik in den langen 1970er Jahren. Ein Workshop zur Edition „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“

Veranstalter: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung
Datum, Ort: 07.09.2014–08.09.2014, Bonn
Bericht von: Philipp Kufferath, Georg-August-Universität Göttingen

Der zweitägige Workshop in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn hatte sich zum Ziel gesetzt, den aktuellen Stand des 1985 ins Leben gerufenen Langzeit-Editionsprojekts „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert“ zu reflektieren, das bislang 16 Bände umfasst. Bei diesem Anlass wurde gleichzeitig der *state of the art* digitaler Editionen diskutiert. So verhandelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung nicht nur inhaltliche und quellspezifische Fragen der Gewerkschaftsgeschichte zwischen 1975 und 1982, die im kommenden Band im Fokus stehen sollen, sondern auch Strategien, Erfahrungen und Fallstricke bei digitalen Forschungsinfrastrukturen in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Nach einer Begrüßung durch Anja Kruke (Bonn), der Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellte KLAUS MERTSCHING (Wuppertal) als zuständiger Bearbeiter den jüngsten, 2013 erschienenen Band der Edition vor, der sich dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in der Reformära zwischen 1969 und 1975 widmet. Eindrücklich stellte er heraus, dass sich auch gewerkschaftliche Quellen für einen politik- und sozialgeschichtlichen Blick auf die Bundesrepublik insgesamt eigneten. So verhandelte der DGB in diesen Jahren einerseits originär gewerkschaftliche Themen wie die Konziertierte Aktion, die „Humanisierung der Arbeitswelt“ oder das geplante Mitbestimmungsgesetz, die weit in die gesellschaftliche Diskussion ausstrahlten. Eine ausgesprochen enge Verzahnung mit der sozialliberalen Regierungsprogrammatis manifestierte sich andererseits auch durch eige-

ne Initiativen zum „Radikalenerlass“ und zur Ostpolitik und wurde symbolisch bekräftigt durch die Ernennung des vormaligen Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Walter Arendt, zum Arbeits- und Sozialminister.

LUTZ RAPHAEL (Trier) warf zu Beginn des ersten Panels pointierte inhaltliche Fragen für die anstehende Edition auf. Bei dem von ihm und Anselm Doering-Manteuffel diagnostizierten „sozialen Wandel von revolutionärer Qualität“ ab Mitte der 1970er-Jahre standen der DGB und vor allem die Einzelgewerkschaften vor fundamentalen Herausforderungen. Sie wurden entscheidend von den Konjunkturkrisen 1973/74 und 1980-82 getroffen und mussten, noch geprägt von den Errungenschaften der Reformära 1969-74, in kurzer Zeit ungewohnte und für ihre Mitglieder ungeliebte Strategien zur Bewältigung der Krisenfolgen entwickeln. Nicht nur der scharfe konservative Gegenwind machte ihnen dabei politisch zu schaffen, die ökonomische Globalisierung und der sozialstrukturelle „Abschied vom Malocher“ brachten Massenarbeitslosigkeit und Mitgliederverluste und unterhöhlten damit gewerkschaftliche Gewissheiten. Gleichzeitig traten mit der Neuen Linken und den Neuen Sozialen Bewegungen unbequeme politische Akteure auf den Plan, die die Gewerkschaften mit ihren hochgesteckten Erwartungen konfrontierten. Die Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen, so Raphael, müsse sich in den ausgewählten Quellen nachvollziehen lassen.

Aufbauend auf diesen Anregungen schilderte JOHANNES PLATZ (Bonn) als Hauptbearbeiter seinen konzeptionellen Ansatz für den nächsten Band. Ähnlich wie Raphael erblickte auch Platz in dem Wandel der Arbeitswelten „nach dem Boom“ den entscheidenden Schlüssel für das Verständnis der zweiten Hälfte des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“¹ und stellte damit unterschiedliche Periodisierungsversuche der langen 1970-Jahre zur Debatte. Mit Stichworten wie Deindustrialisierung, Standortabbau, Rationalisierung, Automatisierung oder Digitalisierung umriss er den Umbau zur Dienstleistungsgesellschaft, der für die Gewerkschaften

¹ Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982, Bonn 2011.

identitäre Fragen aufwarf. Die neue, oft außeruniversitäre Gewerkschaftsforschung und der kurzzeitige Boom der Gewerkschaftsgeschichte Ende der 1970er-Jahre nannte er als Beispiele für die Akademisierung dieses Diskurses. Aber auch sozial- und kulturgeschichtliche Dimensionen wie die Krisenwahrnehmungen von Arbeitnehmern, die gewerkschaftliche Thematisierung der Geschlechterverhältnisse und der generationelle Umbruch innerhalb des Funktionärskörpers sollen bei der Auswahl der Quellen berücksichtigt werden. Die Edition habe sich auch das ehrgeizige praktische Ziel gesetzt, die Bedeutung der Gewerkschaftsquellen nicht nur für die wissenschaftliche Forschung zu untermauern, sondern auch eine „Transferqualität“ herzustellen für die gewerkschaftliche und politische Bildungsarbeit, wie sie in anderen Projekten des Archivs der sozialen Demokratie praktiziert werde.

Im letzten Beitrag des Panels umriss SEBASTIAN VOIGT (München) ein thematisch ähnlich gelagertes Forschungsprojekt, das den Blick auf die konkrete Praxis von zwei Einzelgewerkschaften in den 1970er-Jahren richtet. Beim Vergleich von IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zeigen sich, so Voigt, differierende Krisenwahrnehmungen von Gewerkschaften in der Industrie und in einem herausgehobenen Dienstleistungsbereich. Die vom Nachkriegsboom gestärkte IG CPK musste infolge der Ölpreiskrise mit Umstrukturierungen und Arbeitsplatzabbau zurechtkommen. Die gestiegenen Qualifizierungsanforderungen im Umgang mit den neuen Mikrotechnologien und das wachsende öffentliche Interesse an ökologischen Fragen bedeuteten für die vielen ungelerten Arbeiter, die die IG CPK vertrat, in erster Linie Verunsicherungen. Dagegen erlebte die HBV aufgrund der Herausbildung des internationalen Finanzmarktkapitalismus einen Anstieg der Beschäftigten und beeindruckende Mitgliederzuwächse, die vor allem weibliche Angestellte betrafen. Die Auswirkungen dieser gegenläufigen Prozesse auf die gewerkschaftlichen Strukturen, die Praxis in den einzelnen Unternehmen und die Rolle der Betriebsräte werden anhand von Fallbeispielen auf breiter Quel-

lenbasis untersucht.

Im zweiten Panel standen nicht die Gewerkschaften selbst, sondern die vielfältigen Voraussetzungen beim Aufbau einer digitalen Forschungsinfrastruktur im Zentrum. CHRISTOPH KÜMMEL (Bonn) berichtete über die Förderungsmöglichkeiten und Erfahrungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bei der Realisierung von digitalen Strategien in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Mit einem Etat von 50 Mio. Euro jährlich fördert die DFG die Etablierung von „Organisationsstrukturen und Dienstleistungen für die Erzeugung, Beschaffung, Bearbeitung, Verbreitung und Sicherung von Informationen“ als selbstverständlichen Teil der Forschungspraxis. Wesentliche Kriterien seien der freie und umfassende Zugang, eine Anschlussfähigkeit für weitere Projekte und die Möglichkeit eines langfristigen und stabilen Betriebs. Im Bereich digitaler Editionen müssten Grundfragen nach Quellenauswahl, Bearbeitungsstandards, Kooperationspartnern und Veröffentlichungsmodus sowie technische, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen vorab geklärt werden. Insgesamt seien gemeinsame Standards, zumindest in technischer Hinsicht, wünschenswert und ein kontinuierlicher Dialog über Prioritäten, Rollenverteilung und Zusammenarbeit notwendig.

PATRICK SAHLE (Köln) präsentierte Kriterien und Beispiele für gelungene digitale Editionen. Mit einem online-Katalog (digitale-edition.de), einem Rezensionjournal (ride.i-d-e.de) sowie einem Weiterbildungs-Netzwerk (dixit.uni-koeln.de) solle die Qualitätssicherung von digitalen Editionen gewährleistet werden. Aus seinen Erfahrungen als Berater bei der Umsetzung ähnlicher Projekte nannte er hilfreiche Gesichtspunkte für eine Akten- und Protokolledition: Eine gute visuelle Aufbereitung, Volltextsuche und Browsing-Funktionen, Register, Kommentare und ein wissenschaftlicher Apparat, die Verknüpfung von Faksimiles und Bildern mit dem Text seien aus Nutzersicht erstrebenswert, ebenso eine Personalisierung mit der Möglichkeit zur Beteiligung. Während eine Vielzahl geeigneter technischer Werkzeuge bereitstehe und viele Projekte auch ambitioniert starteten, sta-

gnierten zahlreiche Editionen bald aufgrund der fehlenden Klarheit über die eigenen Intentionen und Bedürfnisse. Die Hauptprobleme lägen aus Sicht der wissenschaftlichen Betreiber in der Offenheit der Struktur und der Entgrenzung der Inhalte, der Schwierigkeit, den Bestand zu stabilisieren und eine Zitierfähigkeit zu gewährleisten sowie in den Abhängigkeiten einer dauerhaften Vernetzung und Kollaboration mit anderen Institutionen.

Das dritte Panel am darauffolgenden Tag wechselte wieder von der technischen auf die Sachebene und beschäftigte sich mit drei Schwerpunkten der Gewerkschaftsarbeit in den 1970er-Jahren. JÖRG NEUHEISER (Tübingen) widmete sich zunächst einem kontrovers diskutierten Deutungsmuster und Forschungskonzept: dem „Wertewandel“², der oft als heuristisches Modell zur Beschreibung der 1970er-Jahre dient. In der zeitgenössischen Gewerkschaftsdiskussion wurde der Wertewandel mitunter als eine von außen an die Organisation herangetragene Herausforderung aufgefasst. Gleichzeitig konnten diagnostizierte Veränderungen von Werteeinstellung auch positiv für eigene Zwecke umgedeutet werden. Die Interpretation des Wertewandels anhand von Meinungsumfragen hänge also stark von den einzelnen Forschungsinstituten ab, die zudem oft im Auftrag politischer Organisationen agierten. Die These von Wertewandel habe deshalb Auswirkungen auf den Diskurs selbst gehabt. Der zweite Teil seines Vortrags widmete sich dem Verhältnis von Gewerkschaften und Neuen Sozialen Bewegungen, wobei er klarstellte, dass diese globale Gegenüberstellung wenig sinnvoll sei. So gebe es große Unterschiede zwischen den Einzelgewerkschaften und auch innerhalb der Organisationen. Auch die einzelnen Bewegungen und die außerparlamentarischen Gruppen hatten ihre spezifischen Anknüpfungspunkte und Konflikte mit gewerkschaftlichen Akteuren und Themen. Neuheiser regte deshalb an, den Fokus weniger auf die Organisationsgeschichte, sondern stärker auf diese Problemfelder zu richten.

Der Vortrag von STEFAN MÜLLER (Bonn) behandelte zum einen die DGB-Ostpolitik am Beispiel der Solidarnosc-Bewegung in Polen 1980-82. Die Vielschichtigkeit der bundesre-

publikanischen Diskussion in dieser Frage demonstrierte er anhand einer Analyse des weltweiten Aktionstags am 30. Januar 1982. Während in den USA Präsident Reagan zu diesem Anlass in einer Fernsehansprache seine Solidarität mit dem polnischen Volk verkündete und dabei von Charlton Heston und Frank Sinatra flankiert wurde, traten in Deutschland Gewerkschafter und kleine linke Gruppen mit lokalen Solidaritätskundgebungen in Erscheinung. Zum anderen wies Müller nach, dass in den Quellen der Gewerkschaften und des Auswärtigen Amtes (AA) differierende Narrative zur Ostpolitik sichtbar würden. Der DGB betonte sein unabhängiges und eigenständiges Werben für die Entspannungspolitik, während in der Sicht des AA die Gewerkschaftsführungen immer „peinlich bemüht“ gewesen seien, staatliche Vorgaben zu erfüllen und im Ausland „immer loyal“ auftraten. Bei der Annotation der Quellen müsse daher stärker beachtet werden, dass die Organisationsbestände oft nur eine bestimmte Stilisierung der gewerkschaftlichen Politik widerspiegeln.

Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 entsprach keineswegs den ursprünglichen Intentionen, betonte CHRISTIAN TESTORF (Bonn) in seinem Vortrag. Ausführlich legte er die Vorgeschichte des umstrittenen Gesetzes dar, das sich die seit 1951 bestehende paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie zum Vorbild genommen habe. Mit einer großangelegten medialen Werbekampagne habe der DGB seit 1966 ohne großen Erfolg die Bedeutung dieser Frage herausgestellt. Selbst der in den Koalitionsverhandlungen 1974 gefundene Kompromiss habe bessere Regelungen als das schließlich zustande gekommene Gesetz beinhaltet, sei aber letztlich an rechtlichen Bedenken und am Widerstand des wirtschaftsliberalen Flügels der FDP gescheitert. Das Ziel einer Parität zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften erwies sich als nicht durchsetzungsfähig, die Beschränkung auf Unternehmen mit über 2.000 Beschäftigten schränkte die Wirkung der Mitbestimmung zusätzlich

² Vgl. z.B. Ronald Inglehart, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt am Main 1995; Helmut Klages, *Werte und Wertewandel*, in: Bernhard Schäfers / Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, 2. Auflage, Opladen 2001, S. 726–738.

ein. Da bereits der letzte Band der Quellenedition den Weg zu diesem Kompromiss nachgezeichnet habe, müsste in der kommenden Edition die Umsetzung des Gesetzes verhandelt werden.

Das letzte Panel widmete sich drei Publikationsprojekten aus Geschichte und Politik, die als mögliche Vorbilder für eine digitale Edition der Gewerkschaftsquellen dienen können. SVEN JÜNGERKES (Berlin) berichtete über ein gerade angelaufenes Editions-Vorhaben der Kommission für Geschichte des deutschen Parlamentarismus, die Fraktionsprotokolle der Parteien im Bundestag digital zu veröffentlichen. Nachdem man bereits beim letzten Band der Edition eine CD-ROM beigelegt habe, sei nun eine basaler gehaltene Internet-Version, basierend auf pdf-Dateien geplant. Das Zielpublikum seien Fachwissenschaftler, Institutionen des Bundestags und die interessierte Öffentlichkeit. Die editorischen und gestalterischen Anforderungen der gedruckten Version müssten jedoch beibehalten werden. Außerdem ergebe sich die Schwierigkeit, dass der Förderrahmen gleich bleibe, obwohl durch das Online-Angebot zusätzliche Kosten entstünden und gleichzeitig Verkaufserlöse zurückgingen. Ein ambitioniertes, auf XML basierendes Modell mit zentraler Datenbank (Single-Source-Prinzip und hochwertiger Druckausgabe) habe sich aufgrund dieser Rahmenbedingungen nicht verwirklichen lassen.

Die Bedingungen eines Editionsprojekts, das WERNER RENZ (Frankfurt am Main) vorstellte, wirkten da ungleich komfortabler. Das Fritz-Bauer-Institut entwickelte eine umfangreiche Online-Dokumentation zur „Geschichte und Wirkung des Holocaust“. Entstanden aus einer DVD-ROM Edition von 2005, sind nun der überwiegende Teil der (insgesamt 430 Stunden) Tonband-Aufzeichnungen des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses 1963-65 online abrufbar. Auf der Internetseite³ werden nicht nur diese bedeutenden Audio-Dokumente, sondern auch die Transkripte und zahlreiche Hintergrundinformationen zu dem 186 Tage dauernden Prozess bereitgestellt. Auf diese Weise können die transkribierten Aussagen von Zeugen, Sachverständigen, Richtern und Angeklagten mit den Ton-Mitschnitten

verglichen werden. Die umfangreichen wissenschaftlichen Forschungsberichte liefern außerdem Erläuterungen und Hinweise auf Sekundärliteratur und weitere Quellen. Insgesamt sind auf diese Weise knapp 50.000 Seiten Text aufbereitet.

Ein ähnlich angelegtes Großprojekt präsentierte auch DANIELA MÜNDEL (Berlin). Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) gibt seit 2009 unter dem Titel „Die DDR im Blick der Stasi – Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953-1989“ die Inlandsbeobachtungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ediert heraus. Die exklusiven Berichte in einem jährlichen Umfang von etwa 2.000-3.000 Seiten wurden als Folge des 17. Juni 1953 regelmäßig von der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ des MfS erstellt und sind somit eine wertvolle Quelle zu Alltag in der DDR in der Sicht der Staatssicherheit. Die knapp kommentierte, aber mit einer ausführlichen Einleitung versehene Publikation erfolgt in Schritt für Schritt in Jahressbänden auf mehreren Kanälen: In einer gedruckten Auswahl-Edition werden besonders aussagekräftige Passagen vorgestellt. Auf der beiliegenden CD-ROM findet sich eine durchsuchbare Datenbank des jeweiligen Jahrgangs, die nach einem Jahr auch online frei zugänglich ist (moving paywall). Mit einer App (allerdings nur für Apple) sollen außerdem versuchsweise weitere Zielgruppen erreicht werden.

Die inhaltliche Diskussion über die Gewerkschaftsgeschichte in den polarisierten 1970er-Jahren und die technischen Fragen zur Umsetzung einer digitalen Edition standen auf der Tagung oft recht unvermittelt nebeneinander. Das Paradigma des Strukturbruchs wurde allgemein geteilt, wenn auch hilfreiche Differenzierungen zu den einzelnen Aspekten angemerkt wurden. Die artikulierten Ansprüche an die Edition waren streckenweise sehr weitgehend. Eine plurale Zusammenstellung unterschiedlicher Quellen aus allen Bereichen, die innovative methodische Zugriffe auf die Gewerkschaftsgeschichte ermöglicht, schien kaum umsetzbar. Es kristallisierte sich heraus, dass die Pfadabhängigkeiten eines langfristigen Editionsprojekts nur einen be-

³Vgl. <auschwitz-prozess.de> (7.1.2015).

grenzten Spielraum für grundsätzliche Strukturveränderungen in Hinblick auf Quellenauswahl und Publikationsweise zulassen. In den Diskussionen wurden oft Bedenken und Probleme artikuliert, die sich bei der Umsetzung einer digitalen Strategie ergäben. Während die Entwicklung und Implementierung von digitalen Forschungsinfrastrukturen vielfältig gefördert werde, sei der Dauerbetrieb oft eine ungeklärte Kostenfrage. Die Migration von einer vertrauten, aber möglicherweise veralteten Infrastruktur in eine neue Umgebung werfe nicht nur technische Fragen auf, sondern verlange eine regelmäßige Neuorientierung und Weiterbildung des Personals. Persönlichkeitsrechte und institutionelle Interessen müssten gegenüber einem ungehinderten Zugriff sorgfältig abgewogen werden. Auch generiere eine freie Verfügbarkeit von großen Datenmengen alleine noch keine Forschungsfragen, sondern müsse begleitet sein von einer wissenschaftlichen Qualitätskontrolle. Noch seien digitale Editionen in der Regel ein Zuschussgeschäft, das nur von finanzstarken Institutionen oder öffentlichen Einrichtungen bewältigt werden könne. Trotz dieser Einwände wurde auf der Tagung aber auch deutlich: Es gibt vielfältige, technisch ausgefeilte, graphisch aufbereitete und interaktiv einsetzbare Möglichkeiten, Arbeitsprozesse, Daten und Forschungsergebnisse in einer digitalen Umgebung zu realisieren. Dieses Potential wird – oft aus Unkenntnis oder chronischer Überforderung – im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich erst in Ansätzen ausgeschöpft.

Konferenzübersicht:

Anja Kruke (Bonn): Begrüßung
Klaus Metsching (Wuppertal): Vorstellung des 16. Bandes der Edition

Panel 1: Gewerkschaftliche Politik nach dem Boom

Moderation: Ursula Bitzegeio (Bonn)

Lutz Raphael (Trier): Nach dem Boom – Fragen an die Gewerkschaftsgeschichte der zweiten Hälfte der sozialliberalen Koalition

Johannes Platz (Bonn): Sozialliberale Regierung und Gewerkschaften – Spannungs- und Kooperationsverhältnisse nach dem Boom

Sebastian Voigt (München): Gewerkschaften nach dem Boom. Zur Politik der Industriegewerkschaft Chemie Papier Keramik und der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen in den 1970er Jahren

Panel 2: Digitale Quelleneditionen – Digitale Publikationsstrategien und Forschungsinfrastrukturen. Erfahrungen und Best Practices
Moderation: Johannes Platz (Bonn)

Christoph Kümmel (Bonn): Perspektiven zur Realisierung einer digitalen Forschungsinfrastruktur für die Geistes- und Sozialwissenschaften

Patrick Sahle (Köln): Digitale Editionen im Internet und auf digitalen Medien – Eine Übersicht

Panel 3: Neue Politikansätze, Neue Soziale Bewegungen und Herausforderungen der Gewerkschaften
Moderation: Nina Kleinöder (Düsseldorf)

Jörg Neuheiser (Tübingen): Gewerkschaften, Wertewandel und Neue Soziale Bewegungen

Stefan Müller (Bonn): Staatliche und nicht-staatliche Quellennarrative - Die DGB-Ostpolitik in den Akten der Gewerkschaften und des Auswärtigen Amtes

Christian Testorf (Bonn): Ein heißes Eisen? Das Mitbestimmungsgesetz von 1976

Panel 4: Digitales Publizieren und die unterschiedlichen Quellensorten – Die Geschichte des Politischen in ausgewählten Politikfeldern

Moderation: Knud Andresen (Hamburg)

Sven Jüngerkes (Berlin): Digitale Publikationsstrategien der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus

Werner Renz (Frankfurt am Main): Justiz und Vergangenheitspolitik – Digitale Editionen und Publikationen in der Geschichte des Rechts des Fritz-Bauer-Instituts auf DVD und im Internet

Daniela Münkler (Berlin): Die DDR im Blick der Stasi – Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953-1989

Abschlussdiskussion

Tagungsbericht *Gewerkschaftspolitik in den langen 1970er Jahren. Ein Workshop zur Edition „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“*. 07.09.2014–08.09.2014, Bonn, in: H-Soz-Kult 17.01.2015.